

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim März 2013, 23. Jahrg.

Mehr Geld für Schulen

Kreistag entschied am 13. Februar auf Initiative von Klaus Springer (LINKE), 450.000 € zusätzlich für kommunale Schulen bereit zu stellen

OW-Beitrag

Am 13. Februar entschied der Kreistag auf Initiative von Klaus Springer (LINKE) über Fraktionsgrenzen hinweg, im Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014 450.000 € für kommunale Schulen zur Verfügung zu stellen.

„Vieles ist in den letzten Jahren von den Gemeinden in und an ihren Schulen verbessert worden“, machte der Bildungsexperte der LINKEN, Klaus Springer, in seiner Kreistagsrede deutlich. Er verwies aber auch auf die jahrelang aufgestauten Probleme. „In der einen Gemeinde fehle das Geld für den Dachneubau, in der nächsten für die Erneuerung der Schulmensa, woanders werden Kinder über den Hof zur Toilette geschickt, wird die Trockenlegung des Schulhofes jahrelang verschoben oder es wird keine dritte Grundschule errichtet, sondern eine 5-zügige Schulfabrik betrieben.“ Diese Einschätzung teilten im Bildungsausschuss auch die

Bürgermeister aus Schorfheide und Panketal.

Auch bei den LINKEN gibt es seit Jahren Diskussionen, wie aus der so genannten „Bildungsinitiative Barnim“ eine wirkliche Initiative für alle Barnimer Schulen wird, unabhängig, ob der Kreis oder die Gemeinden Schulträger sind. „In den vergangenen Monaten fanden mehrere Gesprächsrunden statt, die unter anderem die Fragen erörterten, ob eine differenzierte Kreisumlage oder die Gründung eines Schulverbandes die Lösung aller Probleme bringen kann“, berichtete die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Margitta Mächtig. „Dabei wurden große Vorbehalte und ein großes Misstrauen gegenüber der Kreisverwaltung deutlich. Eine differenzierte Kreisumlage scheiterte bisher an den rechtlichen Möglichkeiten und ein Schulverband daran, dass immer wieder bezweifelt wurde, dass der Landkreis an dem Erhalt aller, auch der ländlichen Schulen, interes-

siert sein wird. Die Schließung weiterer Schulen wurde befürchtet. Dies brachte die Diskussionen immer wieder ins Stocken“, so Mächtig. Klaus Springer suchte letztlich nach einem neuem Weg und brachte gemeinsam mit weiteren Kreistagsmitgliedern einen Antrag ein, der forderte, dass Gemeinden, die Schulträger sind, künftig 50 € für jeden Grundschüler und 100 € für jeden Schüler in weiterführenden Schulen vom Landkreis erhalten sollen. Er begründete dies mit der Ungleichheit der materiellen Bedingungen der Schulen in kreislicher und gemeindlicher Trägerschaft. Nachdem dieser Antrag zunächst auf vehemente Ablehnung stieß, erklärte Biesenthals Bürgermeister André Stahl (LINKE), dass er, als die Eberswalder Schulen vom Landkreis übernommen wurden, noch an einen Akt der Solidarität des Landkreises gegenüber Eberswalde glaubte. Mittlerweile müsse er zur Kenntnis nehmen, dass in Eberswalder

Schulen deutlich über den normalen Standard investiert wurde. Damit entsteht natürlich eine von den Kommunen nicht gewollte Konkurrenz zwischen kreislichen Schulen und Schulen, die durch ihre Kommunen finanziert werden.

Dieser Erkenntnis folgten viele Kreistagsmitglieder und so wurde nach einer Pause fraktionsübergreifend der von Klaus Springer und anderen eingebrachte Antrag ersetzt durch den Beschluss, dass der Bildungsausschuss des Landkreises verpflichtet wird, bis Juni 2013 einen aktuellen Überblick über den Investitionsbedarf gemeindlicher Schulen zu schaffen. Daraus soll eine Prioritätenliste erstellt werden, welche Schulen – durch kreisliche Gelder unterstützt – Investitionen realisieren können. Dafür wurden zunächst 450.000 € für die Jahre 2013 und 2014 geplant. Die Kreisverwaltung wurde beauftragt, eine Deckungsquelle dafür zu finden, was der Landrat sofort versprach.

Satirische Pfeile flogen in Bernau

Linksfraktion lud zum 4. Politischen Aschermittwoch

Von Bärbel Mierau

Am 15. Februar lud die Stadtfraktion der LINKEN Bernau zum Politischen Aschermittwoch, zwar an einem Freitag, aber das machte den satirisch begabten Volksvertretern nichts aus. Und das über 100 Köpfe starke Publikum im Bernauer Ofenhaus nahm den geänderten Wochentag wohl auch eher dankbar auf.

Die Pfeile flogen, besonders scharfe auf den seit – gefühlt – 50 Jahren amtierenden Bürgermeister der Stadt. Dessen Kabarettfigur namens Branzke führt inzwischen ein veritables Eigenleben. Mal gewährt er bei der ungeliebten Bürgerfrage-

stunde nur knieenden Bittstellern ein kurze Audienz.

Köstlich auch die Gags um ein prestigeträchtiges, aber unnützes Parkhaus oder um eingezäunte Grundstücke, die angeblich für die Feuerwehr reserviert sind.

Dieses Jahr hatte sich Klaus Feldmann ganz in seine Rolle als Sprecher satirischer Stadtnachrichten gefunden.

Pfeile schoss auch Dagmar Enkelmann ab. Die Bundestagsabgeordnete und Chefin der Stadtfraktion fragte



Herr „Branzke“ (alias für den Bürgermeister) doziert am 15. Februar darüber, wo das Zentrum Bernaus sei. Foto: bm

sich zum Beispiel, warum Josef Ratzinger zurücktrat. Hat er vielleicht bei Gott abgeschrieben? Wenn Steinbrück das Kanzlergehalt nicht reiche, könne er ja Sparkassendirektor werden

– aber ob die ihn da nehmen würden? Schließlich sei der Ex-Finanzminister nicht als Rechenkünstler bekannt, habe es in seiner Amtszeit gar geschafft, die Aufnahme neuer Kredite zu verdoppeln.

In dieser Ausgabe:

Trinkwasser

Einwohnerforum Panketal

Seite 2

Bürgerhaushalt

In Eberswalde ist noch nicht alles entschieden

Seite 3

Farbe

Lateinamerikanische Künstler in Eberswalde

Seite 4

Breitband

Schnelles Internet im Barnim

Seite 5

Abwasser

Gebühren oder Beiträge – das ist die Frage

Seite 6

Osten

LINKE schlägt neues regionales Denken vor

Seite 7

LINKE wählt Kandidaten für Bundestag

OW-Beitrag/bc

Am 2. März wählten die Vertreterinnen und Vertreter der Brandenburger LINKEN in Potsdam die so genannte Landesliste für die Bundestagswahl. Entsprechend des Zweitstimmenergebnisses der Partei ziehen damit die Kandidatinnen und Kandidaten dieser Liste in den Bundestag ein, wenn nicht direkt gewählte Abgeordnete entgegen stehen. Zur Spitzenkandidatin wurde die 37-jährige Sozialpädagogin Diana Golze gewählt, die bereits Mitglied des Bundestages ist. Auf den weiteren Plätzen folgen Thomas Nord, Kirsten Tackmann, Harald Petzold, Birgit Wöllert, Norbert Müller, Sabine Stüber, Steffen Kühne, Jutta Vogel und Matthias Münch. „Wir wollen 25 Prozent plus X.“, schwor Landesvorsitzender Stefan Ludwig die LINKEN auf den Wahlkampf ein.

Über den Wolken

Von Sebastian Walter,
Kreisvorsitzender der
Barnimer LINKEN

DIE LINKE wirkt! Sie hat in der Regierung das Nachtflugverbot durchgesetzt.

Na gut nicht ganz, zumindest wird es jetzt neue Verhandlungen mit den anderen Gesellschaftern am Flughafen BER über ein Nachtflugverbot geben. Die

Kommentar

Beteiligten am Volksbegehren haben sich durchgesetzt und die 106.000 Menschen, die sich für mehr Nachtruhe eingesetzt haben, werden ernst genommen. Es sind eben nicht nur lokale Interessen.

Die Frage bleibt, ob Wirtschaftlichkeit und Profitinteressen der Fluglinien und Betreiber vor die Gesundheit der Menschen vor Ort gestellt werden.

DIE LINKE hatte das Volksbegehren aus verschiedenen Gründen nicht aktiv unterstützt. Jetzt aber hält sie sich an den klaren Auftrag der ihr erteilt wurde.

Alles andere wäre auch fahrlässig, für eine Partei die immer für mehr direkte Demokratie gekämpft hat. Rot-Rot in Brandenburg handelt – im Interesse der Menschen im Land. Nun meinen aber einige Initiatoren, dass das alles nur vorgespielt sei.

Naja irgendwie falsche Welt, oder?

Die Regierung macht das, was ein großer Teil der Bevölkerung will und dann ist es doch wieder falsch? Es geht nicht um irgendwelche Scheingefechte oder Ränkespiele. Der LINKEN ist es ernst.

Es wird nicht einfach und viele Interessen und Faktoren sind mit einzubeziehen. Jetzt muss die CDU auch im Bund und im Land Berlin Gesicht zeigen und sagen wofür sie konkret steht.

Am Ende bleibt es dabei: DIE LINKE war und bleibt für die Einhaltung einer Nachtruhe zwischen 22 und 6 Uhr.

Wir haben uns durchgesetzt – Wir machen eben den Unterschied!

Hoffen wir nur, dass es überhaupt noch einmal dazu kommt, dass Flugzeuge am neuen Flughafen starten und landen können.

Fahrradwege, Sport und Kinder

Barnimer Kreistag beschloss Haushalt für 2013/2014

Von Gisela Zimmermann
Auf dem Kreistag am 13. Februar wurde zum ersten Mal ein Doppelhaushalt für den Barnim beschlossen. Der Etat umfasst für beide Jahre 230 Millionen €. Die Kreisumlage – die Beträge die die Städte und Gemeinden an den Kreis abführen – blieb unverändert auf dem Stand der vergangenen Jahre bei 43,82 Prozent. Dabei will der Landkreis 9,7 Millionen € mehr als er über die Kreisumlage einnimmt, für Aufgaben, die für die Städte und Gemeinden wahrgenommen werden, ausgeben. Der Kreis erhält 800.000 € mehr vom Land als erwartet. Dieser Betrag wird für so genannte Risikobereiche, vor allem im Sozialen, vorgehalten, um unerwartete Ausgaben begleichen zu können. Die Anträge der Fraktionen zum Haushalt wurden alle mehrheitlich beschlossen. Die CDU hatte für 2013 und 2014 jeweils 50.000 € für die Kulturförderung beantragt, die FDP 10.000 € für das Weltnaturerbe Buchenwald Grumsin. Die Anträge der SPD umfassten 10.000 €

für die Kreisjugendfeuerwehr im Jahr 2014, für 2013 15.000 € für das Entwicklungskonzept Hobrechtsfelde, 5.000 € für Kreissportbund/Festival des Sportweg, 10.000 € für den Fernradweg „Rund um Berlin“ und 10.000 € für eine Baumschutzrichtlinie für die Barnimer Feldmark. 20.000 € sollten für den gesamten Zeitraum für eine Bestandsaufnahme von Bäumen im bebauten und nichtbebauten Gebiet zur Verfügung stehen. Der Antrag der LINKEN hatte die Unterstützung des Kinder- und Jugendfestivals mit jeweils 15.000 € zum Ziel. Klaus Springer (LINKE) hatte nach umfangreichen Diskussionen in der LINKS-Fraktion einen Einzelantrag zur Verbesserung der materiell-technischen Ausstattung der nicht in kreislicher Trägerschaft befindlichen Schulen gestellt (siehe Seite 1). Nach kontroverser Diskussion auf dem Kreistag wurde ein Alternativantrag verabschiedet. Dank der Hartnäckigkeit von Klaus Springer wird nun hoffentlich ein Prozess des

Umdenkens in Bezug auf die „Bildungsinitiative Barnim“ in Gang kommen, der allen Barnimer Schülerinnen und Schülern zugute kommt. Der Wirtschaftsausschuss beantragte die Förderung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Finowkanal, Heidekrautbahn, Geopark Eiszeitland und Regionalpark Barnimer Feldmark, der Aus-

schuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft die Bereitstellung von Mitteln für einen aktiven Baumschutz im Landkreis. Der Antrag des Sozialausschusses zur Unterbringung von Flüchtlingen im Landkreis wurde auf Initiative der LINKEN erweitert um jeweils 30.000 € für Sprachkurse für Flüchtlinge.

Dank für Auskünfte

Der russische Botschafter in Deutschland, Wladimir M. Grinin, überreichte am 23. Februar dem Vorsitzenden der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V., Bernd Muck, eine Dankeskundekarte des russischen Präsidenten für ihre erfolgreiche, sehr aufwändige Tätigkeit zur Instandhaltung sowjetischer Kriegsgräber und zur Bearbeitung von Auskunftsersuchen nach Gräbern.

Foto: privat



Kontakte zur LINKEN im Barnim

Alle Sitzungen von Fraktionen und Vorständen der LINKEN im Barnim sind öffentlich. Gäste sind immer willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Sie können sich deshalb vorab informieren:

Wahlkreisbüro Dr. Dagmar Enkelmann: Tel.: 03338-459543, im: Bürgerzentrum Bernau, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de, Sprechstunde: 27. März 13.30 bis 15 Uhr und 8. April, 19 bis 20.30 Uhr

Wahlkreisbüro Sabine Stüber: Tel.: 03334-385155
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-mail: sabine-stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Margitta Mächtigt: Tel.: 03334-385488,
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Dr. Michael Luthardt: Tel.: 03334-385155
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Str. 46, 16225 Eberswalde, E-mail: michael.luthardt@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 030-94393058, Fax: 030-94393059
Am Amtshaus 2-2a, Shop 3, 16341 Panketal, E-mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Kreisvorstand: 10. April, Chorin

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-22026, Email: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de
25. März und 15. April, jeweils 18.30 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Alte Eiche“

nächster Kreistag: 12. Juni, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Stadtfraktion Bernau: 13. und 25. März und 10. April, 18 Uhr, Hussitenstr. 1, Bernau
Stadtverordnetenversammlung: 14. März und 25. April, um 16 Uhr, Stadthalle Bernau;
fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252, Fax: 03338-907251

Stadtfraktion Eberswalde: 18. März, 8. und 22. April jeweils 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde,
Stadtverordnetenversammlung: 21. März und 25. April 18 Uhr, Haus Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Regionalgruppe Cuba sí: bernau@cuba-si.org ['solid]: solid-eberswalde@web.de

Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerstag/Monat, 19 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

Basisgruppe Werneuchen: 05. April 19 Uhr „Partykeller am Bahnhof“

OW-Spendenkonto: Die LINKE Barnim, Konto: 31 200 514 29, bei: Sparkasse Barnim; BLZ: 170 520 00;
Verwendungszweck: Spende OW. Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung am Jahresende.

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: Geschäftsstelle der LINKEN Barnim, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde,
Tel.: 03334-385155, Fax: 03334-385156, **E-mail:** offeneworte@dielinke-Barnim.de,

download: www.dielinke-barnim.de, **virtuelle Redaktion:** Berit Christoffers, Veiko Kunkis, Lutz Kupitz, Margitta Mächtigt,
Wolfgang Sachse, André Stahl (ViSDP), Margot Ziemann **Auflage:** 17.000

nächster Redaktionsschluss: 8. April **nächster Erscheinungstermin:** 17. April 2013

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn während kürzen.

Das Neueste vom Eberswalder Bürgerhaushalt

Weiterer Diskussionsbedarf im Finanzausschuss der Stadt

Von Wolfgang Sachse
Alle wollten ihn, die Bürger von Eberswalde, die Stadtverwaltung mit Bauchschmerzen und auch die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen mehr oder weniger heftig. Drei Jahre haben wir gemeinsam geübt. Wirklich zufrieden ist keiner. Erst war die Beteiligung der Bürger gering. Im zweiten Anlauf war das nicht mehr das Problem. Für diese größere Beteiligung war dann das Budget ziemlich mickrig ausgefallen, so dass es viele Unzufriedene gab, deren Vorschläge keine Berücksichtigung fanden. Das hatte ein Antrag der Fraktion der LINKEN für den letzten Bürgerhaushalt verhindern sollen, in dem die Forderung aufgemacht wurde, 100.000 € statt der bisherigen 50.000 € im Haushalt vorzusehen. Nach heftiger Diskussion wurde dieser Antrag schließlich angenommen. Problematisch daran war, dass damit ein Eingriff in den laufenden Haushalt verbunden war. Aber gut, dass DIE LINKE mit ihren Argumenten die Mehrheit der Stadtverordneten über-

zeugen konnte, denn die Zahl der Vorschläge für den Bürgerhaushalt stieg gegenüber 2011 noch einmal an, und auch die finanzielle Größenordnung einiger Vorschläge war deutlich gestiegen. Sogar der außerordentlich sparsame Verwaltungsdirektor fand dann, dass es doch eine gute Idee war, das Budget in der beschriebenen Weise auszuweiten. War nun alles gut? Keineswegs. Für den Bürgerhaushalt 2012 hatten sich neben vielen einzelnen Bürgern auch drei Sportvereine beteiligt. Zum Abstimmungstag hatten diese dem Anschein nach ihre gesamte Mitgliedschaft mobilisiert. Da die Reihenfolge der Vorschläge nach der Anzahl der Stimmen für einen Vorschlag entschieden wird, waren sie natürlich klar im Vorteil gegenüber den Einzelschlägen. Neuer Bürgerfrust also. Dem soll nun eine neuerliche Satzungsänderung abhelfen. Aber keiner weiß so richtig, wie. DIE LINKE hatte zur ersten Diskussionsrunde im städtischen Finanzausschuss zwei Vorschläge gemacht. Zum einen sollte



Wird die Übung diesmal gelingen?

Foto: PH

das Budget um weitere 50.000 € angehoben werden. Zum anderen sollten einige Regeln so verändert werden, dass Vereine nicht mehr im bisherigen Maße von ihrer hohen Mobilisierungsfähigkeit profitieren können. Das sollte erstens durch den generellen Ausschluss von Vereinen, Verbänden und kommunalen Einrichtungen erreicht werden und zweitens sollte die finanzielle Obergrenze für die Einzelmaßnahme begrenzt werden. Der Vorschlag der Linksfraktion

belieft sich auf 15.000 € als Verhandlungsbasis. Der erreichte Diskussionsstand lässt erwarten, dass eine neuerliche Erhöhung des Budgets diesmal keine Mehrheit finden wird. Bei den anderen Maßnahmen konnte sich der Ausschuss nicht über die Bewertung der Wirksamkeit der Vorschläge einigen. Überdies gab es in der Debatte weitere Vorschläge. Schließlich sah die Einigung so aus, dass man weiteren Diskussionsbedarf hat. Also: Fortsetzung folgt!

Volksbegehren zum Nachtflugverbot angenommen

LINKE und SPD stehen zum Volksbegehren/
Suche nach neuen Standorten für Flughafen wird abgelehnt

OW-Beitrag
LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen nahmen bei Stimmenthaltung der CDU und Ablehnung durch die Mitglieder der FDP-Fraktion am 27. Februar das Volksbegehren zum erweiterten Nachtflugverbot am neuen Flughafen BER an. Zuvor erklärten dazu die beiden Fraktionsvorsitzenden Christian Görke (LINKE) und Ralf Holzschuher (SPD) „Die Debatte um ein erweitertes Nachtflugverbot am BER spaltet das Land.“ Dies bestätigte auch eine Umfrage unter Brandenburgerinnen und Brandenburgern. „Hoffnung auf Arbeit und wachsenden Wohlstand stehen Sorgen um Lärmbelästigung und sinkender Lebensqualität gegenüber. Ein Volksentscheid mit vorangehender

Kampagne würde die Spaltung des Landes vertiefen. Die Koalitionsfraktionen wollen diese Zuspitzung vermeiden und den Konflikt entschärfen.“ Das erfolgreiche Volksbegehren fordert die Landesregierung in einem ersten Punkt zu Verhandlungen mit dem Land Berlin auf. Ziel ist eine staatsvertragliche Änderung für ein längeres Nachtflugverbot. SPD und LINKE haben deshalb die Intention des Volksbegehrens aufgenommen und die Landesregierung aufgefordert zu handeln. Die Landesregierung hat unverzüglich nach Annahme des Volksbegehrens durch den Landtag Gespräche mit dem Land Berlin und den Gesellschaftern aufgenommen. Ziel ist es, noch vor Inbetriebnahme

des Flughafens Regelungen für mehr Nachtruhe im Umfeld verbindlich zu fixieren. „Dieses Ziel ist nicht im Alleingang zu realisieren“, machen die beiden Fraktionsvorsitzenden deutlich. „Wir werden tun, was wir tun können – im Wissen, dass der Planergänzungsbeschluss bestandskräftig ist. Aber auch Berlin und der Bund müssen sich zur unteilbaren Verantwortung der Politik für Wirtschaftlichkeit und Lärmschutz bekennen. Das Volksbegehren wurde in der Öffentlichkeit verkürzt als „gegen Nachtflug“ dargestellt. Gefordert hatten jedoch über 100.000 Menschen in Brandenburg auch einen zweiten Punkt: Sie wollen den Flugverkehr vom geplanten BER auf andere Airports der Region verla-

gern bzw. einen neuen Standort für die jetzige Baustelle des BER finden. Dem konnte nicht zugestimmt werden, weil eine gänzliche Abkehr vom BER und ein Neubau eines Flughafens an einem anderen Standort für den Landtag nicht in Frage kam. Die Initiatoren des Volksbegehrens hatten sich von diesem zweiten Punkt selbst distanziert, um eine positive Entscheidung für mehr Nachtruhe im Landtag Brandenburg nicht zu blockieren. Der Landtag hat am 28. Februar einen Sonderausschuss konstituiert, dem 10 Abgeordnete angehören und der sich mit den Ursachen der Verzögerung beim Bau des neuen Flughafens Berlin-Schönefeld auseinandersetzen und die künftige Entwicklung begleiten soll.

Stammtisch Panketal

Von Christel Zillmann

Der nächste Stammtisch der Panketaler LINKEN findet am **27. März ab 19 Uhr** in Leo's Restauration, Schönewer Straße, statt. Wer Interesse hat, in ungezwungener Atmosphäre aktuelle gesellschaftspolitische Themen zu diskutieren, ist herzlich willkommen.

Frauen in der Kommunalpolitik

OW-Beitrag/bc

Am **16. März** lädt das „kommunalpolitische forum Land Brandenburg e.V.“ zum Thema „Frauen in der Kommunalpolitik“ **von 10 bis 13 Uhr** in den Landtag Potsdam, Raum 137, zu einer Tagung ein. Dabei soll es um Chancen, Möglichkeiten und Hemmnisse gehen, die sich aus dem vor zwei Jahren beschlossenen Gleichstellungspolitischen-Rahmenprogramm des Landes Brandenburg ergeben. Seit den letzten Kommunalwahlen 2008 sind in den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen mit 23,8 Prozent nur knapp ein Viertel Frauen vertreten. In den Kreistagen sind es rund 27 Prozent und im Brandenburger Landtag gibt es immerhin 39,8 Prozent Frauen. „Was muss passieren, um Frauen und Männern die gleichen Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme zu sichern?“, um diese Frage soll es bei der Tagung des kommunalpolitischen forums gehen.

Phantastische Gebilde

OW-Beitrag/bm

Besucher des Wahlkreisbüros der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann erwarten mit der gegenwärtigen Ausstellung „Phantastische Gebilde“. Unter dem Titel „GEMISCHTES – Kunst aus Schülerhand“ zeigen Schülerinnen und Schüler des Barnim-Gymnasiums Arbeiten und Fotos aus dem Kunstunterricht. Allerdings braucht es ein ganz klein wenig Phantasie, um Bernau wieder zu erkennen. Die Ausstellung kann noch **bis zum 9. April** täglich außer mittwochs von 9 bis 17 Uhr besichtigt werden. Rückfragen bitte unter 03338-459543.

Bürgermobil Michael Luthardt

OW-Beitrag/cp

Nach dem ausgedünnten Winterfahrplan startet das Bürgermobil ab dem 4. März wieder mit den regulären Touren. Die nächsten Termine sind:

11. und 25. März und 08. und 22. April:

Schönwalde, Höhe Schlecker-Markt:

10 bis 11 Uhr;

Basdorf, Parkplatz nahe REWE-Markt/Durchgang Markt: 11.15 bis 12.45 Uhr;

Wandlitz, Nähe Lidl, 13 bis 14 Uhr;

Wandlitz, Parkplatz am Postshop, Prenzlauer Chaussee 183: 14 bis 15 Uhr;

14. und 28. März und 11. und 25. April:

Rüdnitz, Wohnpark Parkplatz Bürgermeisterstraße: 9 bis 9.45 Uhr;

Biesenthal, Marktplatz: 10 bis 12.30 Uhr;

15. März und 12. und 26. April:

Ahrensfelde, Höhe Sparkasse, Lindenberger Str. 1: 9 bis 10 Uhr;

Werneuchen, Marktplatz: 10.30 bis 12 Uhr;

04. und 18. März und 15. und 29. April:

Niederfinow, Ortsmitte, vor Konsum: 9 bis 9.30 Uhr;

Oderberg, vor ehemaligem Rathaus: 10 bis 11 Uhr;

Oderberg, Nähe Netto-Markt, Waldstraße: 11.15 bis 12 Uhr;

Lunow-Stolzenhagen, Edeka-Markt Richtung Parstein: 13 bis 14 Uhr;

Brodowin, Nähe Kirche: 14.15 bis 15 Uhr;

Gern können Sie sich für einen Termin voranmelden im Bürgerbüro Eberswalde unter 03334-385155.

Aktuelle Touränderungen finden Sie unter

www.michael-luthardt.de

Gedenken an Flugzeugunglück

Von Waldemar Hickel

Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Kreisvorstand Eberswalde führt am **6. April um 10 Uhr** auf dem Garnisonsfriedhof Heegermühler Straße in Eberswalde eine Kranzniederlegung zu Ehren der 1966 verunglückten Piloten durch.

Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde lädt hierzu alle Bürger ein.

Immer wieder neue Farbe

14./15. Februar Symposium mit lateinamerikanischen Künstlern in Eberswalde/
zweites Symposium für 2014 geplant



Eine gelungene Ausstellung: Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (links) mit dem Künstler Alexis Fernández Arce (rechts) und Organisatoren. (Fotos: cp)

OW-Beitrag/pm

Im Rahmen der Ausstellung von Werken des kubanischen Malers Alexis Fernández Arce im Glaszwischenbau des Paul-Wunderlich-Hauses fand am 14. und 15. Februar im Sitzungssaal des Kreistages ein Symposium mit Künstlern aus Lateinamerika statt.

Wer wollte, konnte nicht nur dem ausstellenden Künstler, sondern auch den im Barnim bzw. in Berlin beheimateten Malern Alberto Jerez aus Kolumbien und Paulina Villavicencio aus Chile zuschauen und sich überraschen lassen, wie sich die Farbkompositionen auf ihren Bildern immer wieder veränderten.

Fasziniert und in die Kind-

heit zurückgesetzt fühlten sich viele, die der Kolumbianerin Alexandra Bibiscus bei Webarbeiten über die Schulter schauten.

Zudem kamen die Künstler natürlich auch miteinander ins Gespräch und konnten Erfahrungen austauschen. Sie wollen auf jeden Fall miteinander in Kontakt bleiben und haben bereits Pläne für das zweite Symposium im Jahr 2014. Und vielleicht gibt es auch irgendwann ein Symposium in Kuba.

Aber nicht nur die künstlerische Seite spielte auf dem Symposium eine Rolle. Kursteilnehmer und Sprachlehrerinnen der Volkshochschule Barnim und der Akademie „Zweite Lebens-



Die Bilder des kubanischen Künstlers Alexis Fernández Arce greifen Motive aus der Natur auf. Ein Wiedererkennungseffekt sind seine Treppen (3.v.l.).

hälfte“ im Land Brandenburg nutzten die Möglichkeit, mit Muttersprachlern ins Gespräch zu kommen und dabei ihre Spanischkenntnisse anzuwenden und zu erweitern.

An beiden Tagen blieben immer wieder Passanten im Glaszwischenbau stehen und betrachteten die Bilder von Alexis Fernández Arce und seinen kubanischen Künstlerkollegen Carlos Camero und Fernando León Hartmann. Und er wurde nicht müde, sie nach ihren Eindrücken und Interpretationen der Bilder zu befragen. Mit vielen neuen Ideen ist er Ende Februar nach Kuba zurückgekehrt.

Sowohl die Künstler als

auch alle Organisatoren der Regionalgruppe Cuba sí Bernau, der Freundschaftsgesellschaft Berlin-Kuba e.V. und nicht zuletzt des Dresdner Vereins oñodive e.V. danken herzlichst Frau Böttger, Beauftragte für Migration und Integration des Landkreises Barnim, die als Schirmherrin sowohl der Ausstellung selbst aber auch dem Symposium viele Türen geöffnet hat.

Kontakt:

Wer als Künstler am zweiten Symposium im kommenden Jahr teilnehmen möchte, kann mit den Organisatoren per E-Mail:

wieland.jerez@gmx.de oder telefonisch: 0176-54597466 Kontakt aufnehmen.

DDR-Vergangenheit in Schule und Sport

Aus der Arbeit der Enquete-Kommission

Von Margitta Mächtig

Am 22. Februar hat sich die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ mit den Themen Bildung und Sport befasst.

Die LINKE teilt die Auffassung der Gutachterin Dr. Jutta Braun, dass der Sport im Kalten Krieg von beiden deutschen Staaten auch politisch instrumentalisiert wurde. Die vielbeachteten sportlichen Erfolge des DDR-Sports waren ein wichtiges Mittel der DDR-Führung im Streben nach internationaler Anerkennung und innerer Systemstabilisierung. Der deutlich kleinere der beiden deutschen Staaten

verfügte am Ende der DDR über eines der weltweit erfolgreichsten Sportsysteme. Diese Erfolge sind nicht vordergründig durch den Einsatz von Dopingmitteln erklärbar.

Es war das erfolgreiche System der Kinder- und Jugendsportschulen, welches als Hauptursache der Erfolge bewertet werden kann und in Form der heutigen „Eliteschulen des Sports“ die Deutsche Einheit überlebte. Die klar zu verurteilende staatliche Dopingförderung wurde in vielen Prozessen juristisch aufgearbeitet, eine umfassende Aufarbeitung der Dopingpraxis in beiden deutschen Staaten vor 1990 steht allerdings noch aus. Gegenstand der Arbeit der Enquete-Kommission war auch die Stasi-Zugehörig-

keit von Lehrerinnen und Lehrern. Bei der Anhörung von Steffen Reiche und Marianne Birthler wurde nochmals deutlich, dass in Brandenburg ab 1990 alle Lehrkräfte von der Gauck-Behörde überprüft wurden. Bei einem negativen Ergebnis wurde anschließend in konsequenter Einzelfallprüfung entschieden, ob die Lehrkraft bleiben kann oder nicht. In 50 % der Fälle war dies der Fall. Hervorzuheben ist dabei, dass ein allgemeiner Personalabbau im Schulbereich durch den solidarischen Einkommensverzicht (80%-Regelung) der Beschäftigten vermieden wurde und dadurch die Überprüfung der Lehrkräfte nicht zum Personalabbau missbraucht werden konnte. Die konsequenten Einzelfall-

prüfungen waren rechtsstaatlich angemessen und führten zu einer sehr geringen Zahl von Rechtsstreitigkeiten. In Sachsen hingegen haben sich viele Lehrkräfte wieder in das Arbeitsverhältnis eingeklagt, da ihre Kündigungen nicht haltbar waren.

Das Enquete-Gutachten von Dr. Jens Hüttmann kommt in seiner fundierten Analyse zu dem Schluss, dass es im Land Brandenburg im Hinblick auf die Lehrpläne und die Lehrerbildung immer einen klaren Willen und entsprechende Aktivitäten zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte in den Brandenburger Schulen gegeben hat. Dabei hat auch das Landesinstitut für Schule und Medien für die Weiterbildung der Lehrkräfte eine positive Rolle gespielt.

Neue Mehrheit im Bundesrat

Seite 5

Die Bundesländer mit SPD-, LINKEN- und Grüne-Regierungen haben erstmals seit 14 Jahren eine Mehrheit im Bundesrat: Am 1. März stimmten sie unter anderem für „Trinkwasserversorgung in kommunale Hand“

Von Ralf Christoffers,
Wirtschafts- und
Europaminister

Der Bundesrat hat sich am 1. März gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission ausgesprochen, der erstmals europäische Regelungen für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen einführen soll. Der Antrag wurde gemeinsam von Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Bayern gestellt, wonach Elektrizität, Gasnetze, Abwasserbehandlung sowie die Trinkwasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der vorgesehenen Richtlinie herauszunehmen sei. Die LINKE macht sich dabei für die Erhaltung der bisherigen Strukturen der Trinkwasserversorgung in kommunaler Verantwortung stark. Dies zeigte auch ein gleichlautender Auftrag des Brandenburger Landtags am 28. Februar.

Die Gewährleistung einer sicheren und gesundheitlich unbedenklichen Wasserversorgung verbietet es, Wasser zur freien Handelsware zu machen. Zwischenzeitlich hatten die beiden zuständigen EU-Kommissare zwar erklärt, dass sie keine Zwangspri-
vatisierung der Wasserversorgung anstreben und insbesondere Stadtwerke unter bestimmten Umständen bei der Konzessionsvergabe günstiger stellen wollen, aber das geht den Bundesländern nicht weit genug, die von SPD, LINKEN und Grünen regiert werden (so genannte „A-Länder“). Deshalb bleiben sie bei ihrer Forderung, die bisherigen Regelungen für die so genannte öffentliche Daseinsvorsorge beizubehalten. Zugleich zeichnete sich bei der Bundesratssitzung eine

erste Machtprobe zwischen den „A-Ländern“ und der Mehrheit von „Schwarzgelb“ im Bundestag ab. Die Beschlüsse über die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € sowie die steuerliche Gleichstellung eingetragener gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit denen von Ehen („Ehegattensplitting“) sind eher symbolischer Natur, da zu erwarten ist, dass die CDU und FDP mit ihrer Mehrheit im Bundestag diese beiden Beschlüsse des Bundesrates wieder einkassieren. Anders sieht es jedoch mit den übrigen Entscheidungen des Bundesrates aus. Die Bundesländer haben endgültig darüber entschieden, dass unverheiratete Väter das Sorgerecht für ihre Kinder künftig auch gegen den Willen der Mütter erhalten können,

wenn es dem Kindeswohl nicht widerspricht. Zudem wird der Steuerbonus für das Ehrenamt erhöht. Wer sich nebenberuflich als Trainer, Ausbilder, Jugendbetreuer oder Chorleiter engagiert, darf bis zu 2.400 € im Jahr steuer- und abgabenfrei dazuverdienen, das sind 300 € mehr als bisher. Endgültig gelöst wurde auch die im Juni vom Bundestag beschlossene und heftig umstrittene Änderung im Melderecht. Danach hätten Meldeämter Namen und Adressen zu Werbezwecken an Firmen weitergeben dürfen. Im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat wurde der Kompromiss ausgearbeitet, dass Betroffene dem vorher ausdrücklich zustimmen müssen. Dies hat der Bundesrat am 1. März gebilligt.

Zivilcourage vereint

Von Cindy Panzer

Unter dem Motto „Zivilcourage vereint“ findet wieder ein Wettbewerb des gleichnamigen Vereins gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit statt. Die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (LINKE) ruft junge Leute zwischen 16 und 26 Jahren auf, sich kreativ mit dem Thema auseinander zu setzen und sich am Wettbewerb zu beteiligen. Junge Menschen können sich mit phantasievollen Beiträgen wie Songs oder Gedichten, der Gestaltung einer Internetseite, Manuskripten/Drehbüchern für ein Theaterstück/Film, Comics oder einer Schülerzeitung beteiligen. Bereits bestehendes Engagement soll gewürdigt werden. Die besten Beiträge werden mit einer Studienreise nach Italien belohnt. Die Gewinner reisen voraussichtlich Ende Juni an historische Orte, treffen Zeitzeugen und Menschen, die sich um die Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus verdient gemacht haben.

Einsendeschluss:

8. Mai 2013.

Weitere Informationen gibt es im Wahlkreisbüro, Diesterwegstr. 1, 17291 Prenzlau oder per E-mail an: sabine.stueber@wk2.bundestag.de sowie im Internet unter www.zivilcourage-vereint.de.

Inklusive Bildung

Von P. Hoffmann

In dieser Legislaturperiode wird es keine Rechtsanpassung des Schulgesetzes für die so genannte inklusive Bildung geben, teilte Brandenburgs Bildungsministerin Dr. Münch Ende Februar mit. Inklusive Bildung bedeutet, dass Kinder, die wegen einer Behinderung an besonderen Einrichtungen unterrichtet werden, künftig generell in Grund- oder weiterführende Schulen eingeschult werden. Eigentlich sollte die inklusive Bildung in allen Schulen mit Schuljahresbeginn 2015/2016 verbindlich sein. Jedoch sind vor allem Betroffene nicht vom inklusiven Modell überzeugt. Die Landesregierung will nun erst weitere Erfahrungen in den Pilotschulen sammeln und den Dialog in den „Bürgerforen“ fortführen.

Breitband auf dem Land

Gute Nachrichten am 20. Februar im Gut Stolzenhagen

Von Michael Luthardt

Bei meiner Sommertour durch das schöne Brandenburger Land 2012 wurde in einigen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern mehrfach die Besorgnis über mangelnden Internetanschluss und den damit verbundenen Ausbau der Breitbandnetze thematisiert. Aufgrund dessen lud ich am 20. Februar Vertreter des Wirtschaftsministeriums und der großen Telekommunikationsanbieter sowie betroffene Bürgerinnen und Bürger dazu ein, gemeinsam auf dem Gut Stolzenhagen über das Problem der fehlenden Internetanschlüssen einiger Gemeinden und Dörfer im ländlichen Raum ins Gespräch zu kommen und informiert zu werden. In der thematischen Einleitung nahm Herr Fritz, Referatsleiter im Brandenburger Wirtschaftsministerium, mit einer relativ neuen Information (siehe OW Februar, Seite 1) den Wind aus den Segeln aufkommender Diskussionen. Er eröffnete, dass der Brandenburger Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (LINKE) vor einem Jahr bei der Europäischen Union das



Michael Luthardt (Mitte) bei der Diskussionsveranstaltung zum Breitbandausbau im ländlichen Raum. Foto: cp

„Glasfaserkonzept 2020“ eingereicht hätte, welches nun im Januar Beihilfen zugesichert bekommen habe. Die zeitliche Verzögerung hänge damit zusammen, so Herr Fritz, dass die dafür zur Verfügung gestellten Mittel, 80 bis 100 Millionen Euro, aus überschüssigen EFRE-Geldern abgeschöpft werden dürfen. Damit beginne in den nächsten 8 Wochen die Ausschreibung für interessierte Netzbetreiber, die zuvor von nicht zu deckenden Investitionskosten eines

ländlichen Netzausbaus abgeschreckt worden waren. Im Norden Brandenburgs sollen dabei alle Gemeinden, in denen Haushalte weniger als 6 Mega-Bit empfangen, erfasst werden. Diese können dann mit den bereitgestellten Fördermitteln Ende 2014/Anfang 2015 mit dem Anschluss eines zentralen Kabelverzweigers rechnen, der mit modernster Glasfasertechnologie das DSL-Netz in den ländlichen Raum leitet. Die Anbieter und Privathaushalte müssten dann

lediglich, wenn nicht schon vorhanden, Kupferleitungen zum Einzelhaushalt anlegen. Haushalte, die sich mehr als 10 Kilometer vom nächsten Kabelverzweiger entfernt befinden, müssen leider hiervon ausgeschlossen werden. Die Anbindung über Glasfaserleitungen anstelle von Funknetzerweiterungen wurde damit begründet, somit Überlagerungen von Funknetzen in Grenzregionen vermeiden zu können. Somit soll es in knapp zwei Jahren „kein Dorf mehr geben, das ein weißer Fleck ist“, ohne dass die Gemeinden für die Kosten aufkommen müssen. Für Gemeinden in HYTAS 94 Gebieten verspricht das Ministerium, wird es Lösungen geben, das solle von den entsprechenden Anbietern verlangt werden. Ich bedanke mich bei den teilnehmenden Gesprächspartnern und denke, dass es mit diesen Informationen gilt, nach vorne zu schauen. Nähere Informationen finden Sie unter www.breitband.brandenburg.de, sollten Sie weitere Fragen haben, wenden Sie sich gerne an mich. **Telefon Wahlkreisbüro:** 03334-385155.

Sozialverträgliche Trinkwasserpreise: Panketaler Bürgerinitiative lud zum Forum

Von Wolfgang Krafczyk

Am 4. März trafen sich etwa 140 Bürger im Panketaler Ratssaal, um sich über das Anliegen der Bürgerinitiative „Sozialverträgliche Kostenbeteiligung Trinkwasser“ (BI) zu informieren. Wenn auch die Problematik der so genannten „Altanschießer“ schwer zu verstehen ist, so hat man doch gar kein Verständnis dafür, dass nicht die Verbraucher, sondern die Grundstücksbesitzer entsprechend der Grundstücksgröße angefallene Investitionskosten im Trinkwasserbereich bezahlen sollen (siehe nebenstehend). Für etwa 90 Prozent der Panketaler trafe das zu, oftmals Rentner mit niedrigem Einkommen, die bereits für Straßenbau und andere Maßnahmen tüchtig zur Kasse gebeten wurden. Dabei war man sich in der Gemeindevertretung schon fast einig, dass die Bezahlung über Verbrauchsgebühren, also ein „Gebührenmodell“, für Panketal das bessere, sozialverträglichere Modell sei. Die Linksfraktion hatte dazu akribische Berechnungen angestellt, die von externen Gutachtern bestätigt wurden. Doch in der Oktobersitzung der Gemeindevertretung, nach einer Rede des Gemeindevertreters Friehe (CDU) für ein Beitragsmodell „kippten“ Bürgermeister und SPD-Fraktion um und stimmten gemeinsam mit CDU/FDP/Unabhängige und Bündnis 90/Grüne für das „Beitragsmodell“. Unmut wurde beim Bürgerforum darüber geäußert, dass eine so essenzielle Frage ohne Beteiligung der Anwohner entschieden wurde. Mangelnde Informationen seitens der Verwaltung taten ein Übriges, um der BI, die seit Anfang Februar Unterschriften für die Einbringung eines Einwohnerantrages in die Gemeindevertretung sammelt, Aufwind zu verschaffen. Wie die Mitinitiatorin der BI, Christel Zillmann, Vorsitzende der Linksfraktion, erklärte, hätten bereits mehr als 1.500 Bürger den Antrag unterschrieben – dreimal so viel wie nötig.

Verschiedene Bedingungen in Abwasserverbänden

Gebühren oder Beiträge?

Was für den Verbraucher günstiger ist, hängt von der Grundstücksnutzung ab

OW-Beitrag/bc
„Besser Gebühren für Trinkwasser?“ lautete eine Überschrift in der OW Februar. Zu Recht fragten sich darauf Leserinnen und Leser der „Offenen Worte“, wann denn ein Gebühren- und wann ein Beitragsmodell die sinnvollere Alternative wäre. Natürlich auch vor dem Hintergrund, dass sich Städte- und Gemeindevertreter der LINKEN in verschiedenen Abwasserzweckverbänden für unterschiedliche Lösungen einsetzen. Generell gilt: Ein Wasser- und Abwasserzweckverband muss sich für eine Art der Finanzierung entscheiden: Gebühren oder Beiträge. Beides setzt bei den LINKEN voraus, dass man zuvor die sozialen Belastungen klärt. Der generelle Unterschied liegt in der Art der Nutzung eines Grundstücks: Ein Grundstückseigentümer kann Gebühren zum Beispiel an Mieter über die Nebenkostenabrechnung in der Miete weitergeben, Beiträge muss

er selber zahlen. Vermietet ein Grundstückseigentümer, hat er eher Interesse an einer Gebührenfinanzierung, nutzt er sein Eigentum selbst, hat er Interesse an einem lukrativen Beitragsmodell. Die Erhebung von Beiträgen ist für Mieter günstiger, weil diese allein durch den Vermieter zu tragen sind. Deshalb zum Beispiel hält der Abwasserverband „Panke/Finow“ auch mit den Stimmen von LINKEN am Beitragsmodell fest. Der hohe Anteil von Mietern im Einzugsbereich, vor allem auch Belastungen für Familien mit Kindern bei einer Gebührenerhebung, sind Gründe dieser Entscheidung. Zudem würde die rückwirkende Änderung der Beitragssatzung in ein Gebührenmodell bedeuten, dass bereits gezahlte Anschlussbeiträge für Wasser und Abwasser zurückerstattet werden müssten – was wiederum Grundstückseigentümern, gegebenenfalls sogar Bauträgern, nutzt, nicht aber

Mietern.

Anders sieht es demzufolge in Regionen aus, in denen Grundstückseigentümer – oft auch mit niedrigem Einkommen, z.B. Rentner – ihre Grundstücke selbst nutzen, in Panketal zum Beispiel. Hier setzt sich die LINKE für eine Umstellung von einem Beitrags- auf ein Gebührenmodell ein, aber auch nur – das ist zu beachten – für das Trinkwasser. Abwasser soll ihrer Auffassung nach weiterhin über Beiträge finanziert werden. Vor diesem Hintergrund hat sich in Panketal eine Bürgerinitiative „Sozialverträgliche Kostenbeteiligung Trinkwasser“ gegründet, die einen entsprechenden Einwohnerantrag in die Gemeindevertretung einbringen will (siehe Außenspalte).



Wer sich ganz anders mit Wasserfragen beschäftigen will: Wasserturm in Finow. Er wurde 1917/18 zur Versorgung des industriellen Umfeldes durch die Hirsch, Kupfer- & Messingwerke AG erbaut und ist das Wahrzeichen des Finowtales. Nach 261 Stufen hat man den herrlichsten Ausblick. Über die Wintermonate ist der Turm geschlossen. Dafür von 17.00 bis 23.00 Uhr angestrahlt. Ab Karfreitag 2013 ist er wieder geöffnet. Mehr Informationen unter: www.wasserturm-finow.de Foto: ph

Klarheit nutzt allen

Kreisvorsitzender Sebastian Walter über eingeleitetes Schiedsverfahren

Von Sebastian Walter
Wie nicht anders zu erwarten, hat sich die Eberswalder Ausgabe der MOZ der Entwicklung der Fraktion DIE LINKE in der SVV Eberswalde angenommen, nicht inhaltlich. Aber die Tatsache, dass zwei Mitglieder der LINKEN nicht in der Stadtfraktion der LINKEN mitarbeiten, ist das Thema. Da der MOZ natürlich nicht alle Informationen vorliegen, möchten wir hier unsere Mitglieder, aber auch weitere Interessierte über den Sachverhalt informieren. Nach heftigen Beleidigungen gegenüber frei gewählten Vertretern der Stadtverordnetenversammlung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung durch C. Zinn hatte die Stadtfraktion DIE LINKE ihn zum Gespräch eingeladen, um mit ihm über die weitere Zusammenarbeit zu reden. Das hat er ausgeschlagen. Nach einer Nachdenkpause hat die Fraktion entschieden, die

Trennung durch Ausschluss herbeizuführen. Zunächst arbeitete Carsten Z. dann in einer „Fraktion der Fraktionslosen“ mit, was lediglich als organisatorischer Zusammenschluss von Abgeordneten interpretiert wurde und kein Klärungsbedarf bestand. Im Dezember 2012 gründete Carsten Zinn gemeinsam mit Günter Spangenberg eine Fraktion LINKSrebell/Allianz freie Wähler. Auch dies wurde zur Kenntnis genommen. Nach einer Anzeige der beiden Abgeordneten zur Umbenennung der Fraktion in „DIE LINKE/Allianz freie Wähler“ gibt es jedoch Klärungsbedarf hinsichtlich der Klarstellung, wer vertritt die Positionen der Partei DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung, da es durch die Namensgleichheit, wenn auch mit Namenszusatz „Allianz freie Wähler“, zu Verwechslungen und nicht eindeutiger Zuordnung kommen kann. Der Kreisvorstand hat sich mit diesem

Problem beschäftigt und ist mehrheitlich zu der Auffassung gelangt, dass mit dieser Positionierung von Carsten Zinn gegen die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde ein Verstoß gegen die Landes- und Bundessatzung der Partei vorliegt. Hier heißt es unter § 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder unter (2) a) „Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Grundsätze des Programms der Partei zu vertreten und die Satzung einzuhalten, b) die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse der Parteiorgane zu respektieren... d) bei Wahlen für Parlamente, kommunale Vertretungskörperschaften und sonstige Wahlämter nicht konkurrierend zur Partei anzutreten.“ Aus Sicht der Mehrheit des Kreisvorstandes gilt dies nicht nur für den Fall „des Antritts zur Wahl“, sondern auch für die Arbeit in den Vertretungen nach der Wahl. Da dies nicht geregelt ist,

hat der Kreisvorstand die Schiedskommission des Landes angerufen. Darüber hinaus ist in der Kommunalverfassung Brandenburg unter § 32 hinsichtlich der Fraktionsbildung festgehalten, „3) Nähere Einzelheiten über die Bildung der Fraktionen, ihre Rechte und Pflichten regelt die Geschäftsordnung.“ Da die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung die Namensgebung der Fraktionen (noch) nicht geregelt hat, bedarf es seitens der Vertretung auch hier einer „Nacharbeit“, um eine Klarstellung vorzunehmen und Verwechslungen zu vermeiden. Zwischenzeitlich hat auch Gerd Markmann, der ebenfalls über die Liste der LINKEN in die SVV gewählt wurde, sich der Fraktion „DIE LINKE/Allianz freie Wähler“ angeschlossen. Nun wollen wir in Ruhe klären lassen, ob dieses Agieren unserer Genossen mit dem Statut in Übereinstimmung steht oder eben auch nicht.

Vom Osten lernen

Regional- und strukturpolitisches Konzept der LINKEN für Deutschland:
Interview mit einem der Autoren: Ralf Christoffers, Minister in Brandenburg

Der Brandenburger Landtagsabgeordnete der LINKEN hat gemeinsam mit den LINKEN-Politikern Helmut Holter (Mecklenburg-Vorpommern) und Klaus Lederer (Berlin) ein Positionspapier für eine neue Regional- und Strukturpolitik vorgelegt, das Ende Februar von den beiden Bundesvorsitzenden der LINKEN vorgestellt wurde.

Was ist der Hauptansatz?

Zunehmende regionale Differenzierungen sind kein spezifisches ostdeutsches Problem mehr. Auch wenn noch Unterschiede in der Entwicklung zwischen alten und neuen Bundesländern bestehen, so gibt es doch bundesweit Regionen, deren Entwicklung sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf sozialem Gebiet von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden. Diese wird oft noch dadurch befördert, dass diese Regionen von der herrschenden Politik zu wenig Aufmerksamkeit bekommen.

Was kann die LINKE dazu tun?

Durch die Abkopplung der ostdeutschen Länder von der übrigen Entwicklung der Bundesrepublik hat die LINKE einen Erfahrungsvorsprung, wie einer solchen Entwicklung entgegenge-

wirkt werden kann.

Unsere Erfahrungen zeigen, dass es nicht nur eine Frage der Finanzierung ist. Es muss vielmehr um eine Strukturentwicklung gehen, die eine Verbindung von sozialen, industriepolitischen und ökologischen Instrumenten herstellt und dabei auf die Potenziale der Regionen abzielt.

Trifft das auch auf Ihr Spezialgebiet, die Wirtschaftspolitik, zu?

Selbstverständlich. Wirtschaftspolitik muss darauf ausgerichtet sein, Anreize und Rahmenbedingungen für den Aufbau einer neuen und den Umbau der noch vorhandenen Industrie zu setzen. Ressourcen- und Energieeffizienz, der Aufbau neuer Wertschöpfungsketten sind dabei die wesentlichen Zielsetzungen. Dazu sind Forschung, Technologieförderung, die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft und nicht zuletzt der Umbau der Förderpolitik wichtige Instrumente.

Welche Erfahrungen konnten Sie als Wirtschaftsminister für die LINKEN sammeln?

In Brandenburg gibt es gute Erfahrungen sowohl zur Gestaltung der notwendigen Energiewende als auch zum Umbau der Förderarchitektur. Bei der Energiewende wird deutlich, dass der Umbau der Energieträgerstruktur zu grundlegenden Veränderungen in der Gesellschaft insgesamt führt. Das betrifft die Förderung neuer Technologien genauso, wie die Erschließung neuer Beteiligungsmodelle und Fragen der Akzeptanz. Gerade diese



letzte Frage ist für uns wichtig, weil wir gesellschaftliche Konflikte nur im Dialog mit allen Beteiligten lösen wollen.

Und zur Art der Wirtschaftsförderung?

In Brandenburg wurden Förderinstrumente geschaffen, die die Erarbeitung regionaler Energiekonzepte von Kommunen befördern und Unterstützung bei der Entwicklung neuer Beteiligungsmodelle bieten. Umbau der Förderarchitektur bedeutet auch, dass in Brandenburg Kriterien in die Vergabe von Fördermitteln einbezogen worden sind, die zum Beispiel Leiharbeit

begrenzen und nachhaltiges Wirtschaften fördern. Diese Entwicklungen zeigen, dass eine Neuausrichtung der Strukturpolitik möglich ist, die sich an sozialen und ökologischen Maßstäben orientiert und Akteure unmittelbar einbezieht.

Wie wollen Sie diese Erfahrungen bundesweit nutzbar machen?

Wir wollen sie in einen gesellschaftlichen Dialog einbringen. Ziel der weiteren Entwicklung wäre nicht, eine dauerhafte Alimentierung der Regionen zu unterstützen. Uns geht es vielmehr um eine soziale und ökologische Modernisierung, die eigene Entwicklungspotenziale nutzt und fördert, bei der demokratische Mitbestimmung ein wesentlicher Bestandteil ist und letztlich zu einer selbsttragenden Entwicklung führen muss.

Die Stärkung von Regionen ist letztlich ein entscheidender Faktor dafür, wie sich das Land insgesamt entwickeln wird. Der Anspruch kann landespolitisch begleitet und unterstützt werden, erfordert aber auch bundespolitische Rahmensetzungen. Das vorgelegte Papier soll eine Anregung für eine weiterführende Diskussion sein.

100 Prozent sozial

LINKE stellte am 20. Februar ersten Entwurf für Bundestagswahlprogramm vor

OW-Beitrag/bc

Einen Entwurf für das Bundestagswahlprogramm der LINKEN stellten die beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Rixinger am 20. Februar in Berlin vor. „Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN“, betonte Rixinger. „Viele teilen mit uns das Unbehagen an einer Gesellschaft, in der sich riesige Reichtümer in den Händen weniger häufen, während viele keinen gerechten Lohn für ihre Arbeit bekommen. Viele sind nicht damit einverstanden, dass sie selbst nicht gut durch die Krise gekommen sind und jetzt auch noch die Kosten der Krise bezahlen sollen. Viele wollen wie wir eine Gesellschaft, in der Menschen mehr zählen als Banken.“ Der Programmtext

umreißt deshalb die Eckpunkte einer solidarischen Alternative zum Alle-gegen-Alle-Kapitalismus. Katja Kipping betonte das programmatische Profil der LINKEN: „Wir haben die Politik verändert und die soziale Gerechtigkeit in allen Parteien auf die Agenda gesetzt. Jetzt wollen wir zum

Motor für reale Veränderungen werden. Deshalb ziehen wir mit Kernforderungen in den Wahlkampf, für die nur wir garantieren.“ Rixinger rechnet mit einer „harten Auseinandersetzung“ und prophezeit einen „simulierten Lagerwahlkampf“. Er sagt: „Wenn man einen genauen Blick riskiert, sind

die politischen Unterschiede zwischen Merkel und Steinbrück marginal. Wir wollen mehr als nur eine privilegierte Solidarität innerhalb der Mittelschicht. Wir haben den Blick für die sozialen Problemlagen und den nötigen Biss nach oben.“ Kipping betont: „Wir gehen mit Realismus in den Bundestagswahlkampf. Wir wollen so nah wie möglich an unser sehr gutes Ergebnis von 2009 heran kommen. Wir ziehen als eigenständige politische Kraft in den Wahlkampf und werden dort, wo uns die Wählerinnen und Wähler am Ende platzieren, Druck für soziale Gerechtigkeit machen. Wir wollen den Wählerinnen und Wählern sagen, was sie von der LINKEN im nächsten Bundestag erwarten können.“

Zu den Kernforderungen der LINKEN gehören:

- Mindestlohn, von dem man mit einem Vollzeitjob leben kann,
- Grundsicherung, die oberhalb der Armutsgrenze liegt,
- Rente, die den erreichten Lebensstandard sichert,
- gesetzlicher Stopp durch den Staat bei der Explosion von Strompreisen und Mieten
- Privatisierungen müssen unter den Vorbehalt von Volksentscheiden gestellt werden
- gerechte Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen
- Alternativen zu den unsinnigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- multilateraler Verzicht auf Waffenexporte

Verfassungsschutz stellt Überwachung der LINKEN ein

Erklärung von Gregor Gysi

Die Bundesregierung hat am 21. Februar vor dem Verwaltungsgericht Köln, an dem die Klage der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau gegen ihre Überwachung durch den Verfassungsschutz verhandelt wurde, erklärt und damit öffentlich bestätigt, dass die Beobachtung der Partei DIE LINKE durch das Bundes-

Kommentar

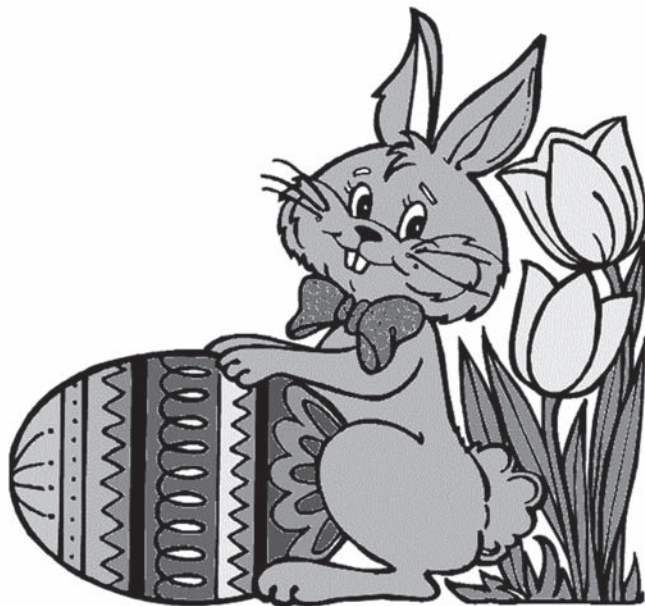
amt für Verfassungsschutz im November 2012 nach einem entsprechenden Erlass des Bundesinnenministers eingestellt worden ist. Auch die Überwachung von Petra Pau ist beendet. Das ist ein bedeutender Schritt, hin zu demokratischer Normalität. 22 Jahre nach der deutschen Einheit ist damit auch bei der Bundesregierung angekommen, dass der Kalte Krieg vorbei ist und DIE LINKE nicht nur auf dem Boden des Grundgesetzes steht, sondern dieses verteidigt. Das Bundesverfassungsgericht musste jedenfalls regelmäßig die letzten Bundesregierungen und Koalitionen unter Beteiligung von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen zur verfassungsmäßigen Ordnung rufen und diverse Gesetze als verfassungswidrig kassieren. Es bleibt äußerst kritisch zu vermerken, dass die Überwachung der Partei durch einzelne Landesämter für Verfassungsschutz verbleibt. Dagegen werden wir vorgehen. Scharf zu kritisieren ist auch, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz einzelne Zusammenschlüsse der Partei weiterhin überwachen will. Dabei geht es auch um Personen. Dass sich darunter auch Mitglieder des Deutschen Bundestages befinden, ist in jeder Hinsicht indiskutabel. Deshalb setzt DIE LINKE darauf, dass das Bundesverfassungsgericht dieser Schnüffelpraxis, die DIE LINKE und ihre Mitglieder diskreditiert, im Parteienwettbewerb benachteiligt und Interessierte abschreckt, ein für allemal ein Ende setzt.

Frauen- geschichte(n) Marie Baum



Von Gisela Zimmermann
Marie Baum wurde am 23. März 1874 in Danzig geboren. Sie studierte Chemie an der ETH Zürich. Mit 22 Jahren beaufsichtigt sie bereits 60 Männer im Laboratoriumssaal. Mit Ricarda Huch, die sie während des Studiums kennen lernt, verbindet sie eine lebenslange Freundschaft. Nach der Promotion arbeitet Marie Baum in einer Berliner chemischen Fabrik. Nach kurzer Zeit wendet sie sich der Sozialarbeit zu. Durch ihr Engagement wird sie zu einer der bedeutendsten Sozialpolitikerinnen der Weimarer Republik. Bereits mit 28 Jahren wird sie die erste Gewerbeinspektorin im Großherzogtum Baden. In den Betrieben, die sie beaufsichtigt, stößt sie auf Kinderarbeit und auf Frauen, die durch Fabrik- und Hausarbeit völlig überlastet sind. Marie versucht, bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Als Geschäftsführerin des Vereins für Säuglingsfürsorge und Wohlfahrtspflege in Düsseldorf gehören ab 1907 Mütterberatung, Familienfürsorge, Einrichtung von Kinderkliniken zu ihren Aufgaben. Sie arbeitet eng mit dem »Bund deutscher Frauenvereine« zusammen und beginnt 1916 an der Sozialen Frauenschule in Hamburg Sozialpolitik zu lehren. Sie fühlt sich aber mehr zur praktischen Arbeit hingezogen und wird Referentin für Wohlfahrtspflege im badischen Ministerium. Dort gründet sie ein großes, als vorbildlich gelobtes Kinder- und Jugendheraus, den »Heuberg«. 1928 übernimmt sie erneut einen Lehrauftrag für soziale Fragen an der Universität Heidelberg. 1933 wird ihr dieser entzogen. Marie Baum stirbt 1964 mit 90 Jahren in Heidelberg.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein schönes Osterfest und viel Zeit für ausgiebige Spaziergänge



OW Preisrätsel

Gewinnerin der Februarausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“ geht an: Edmund Michel, Breydin
Das Lösungswort der Februar-Ausgabe lautete: Zetkin; **Lösungswort dieser Ausgabe:** 2. waagrecht benennt einen See im Barnim; **bis zum 8. April** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; **Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“

Waagrecht: 2. See im Barnim, 10. zauberkräftiger Helfer der Naturvölker, 11. Fluss in Nordchile, 12. Biene, 13. explosive Strahlungszunahme eines Sterns, 14. Frauenname (Komposition v. Beethoven), 16. Einkerbung, 19. umgangssprachl.: Mädchen, junge Frau, 22. Augenblick, 24. Stadt an der Unstrut, 25. span. Provinz, 27. drahtlose Übertragungstechnik, 29. histor. Volk in Osteuropa, 30. engl.: Eintopf, 31. Adverb, anfänglich, 33. Studentenvertretung, 34. engl. männl. Vorname, 35. Bewohner einer europ. Hauptstadt, 36. Gepflegtheit, Eleganz, 37. Milz, 38. Gemeinde in Rheinland-Pfalz, 39. anmutiger Naturgeist, 41. Abk. f. ein Unterrichtsfach, 43. Blutsauger, 45. Gemeinde im Württembergischen Allgäu, 47. engl.: innen, 50. Nadelbaum

(Mz.), 53. Jurist, 54. Fluss in Nordostdeutschland, 57. sehr schmutzig, 58. Mostrich, 59. österreich. Eisenbahnpionier (1836-1883, Arlbergbahn), 60. Bezeichnung im antiken Griechenland f. meist verwandtschaftliche Gemeinschaft, 61. span. Rebsorte, 62. Pflege und Erhaltung von Landschaften
Senkrecht: 1. Jalousie, 2. ruhig, 3. gewaltig, 4. Schiffsanlegestelle, 5. Stacheltier, 6. Gebiet, Areal, 7. Gestalt in Mozarts Oper Don Giovanni, 8. Kunststoff, 9. dt. Pädagoge (1706-1766), 14. Adressatin, 15. islam. Begriff f. Glaube, 17. Nebenfluss der Donau, 18. unterste Abteilung d. Jura, 20. europ. Münze, 21. Genese, 23. Staudamm, 24. axial, längs der Achse, 26. Tonkunst (Mz.), 28. Schöpflöffel, 30. Angelegenheit, 32. Codenummer beim Onlinebanking, 33. griech.: Luft, 40. beinahe, 41. amerikan. Schauspieler („Pretty women“), 42. Gegenteil v. unten, 44. Hauptstadt d. belg. Provinz Ostflandern, 45. tschech.: Adresse, 46. Salz der Milchsäure, 48. japan. Vorhang, 49. Anführer der Argonauten, 51. Anmerkung, Gedächtnisstütze, 52. Sportboot, 54. Vogelgattung, Fasanenart, 55. Nebenfluss d. Donau, 56. nordländ. Hirsch

Zeitung für Schüler



Der Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers (LINKE) spendet ein MOZ-Abo an die Klasse 9a der Oberschule Schwanebeck.

Foto: wk

Der Landtagsabgeordnete Ralf Christoffers (LINKE), Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg, hat der Oberschule Schwanebeck ein einjähriges Patenschaftsabo der „Märkische Oderzeitung“ gespendet. Am 27. Februar überreichte er dem Schuldirektor Herrn Reinicke und Schülern der Klasse 9a die ersten Zeitungen. „Es ist wichtig, dass sich die Jugendlichen

frühzeitig mit Politik beschäftigen und sich vor allem auch in kommunale Belange einmischen“, erläuterte Christoffers. „Die Regierung aus SPD und LINKE in Brandenburg hat im Vorjahr zum Beispiel das Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt. Jetzt kommt es darauf an, die Jugendlichen zu sensibilisieren, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen.“

